

INITIATIVEN FÜR TAGESSCHULEN

Mehrere Rudolf Steiner Schulen haben mittlerweile neue Angebote für eine familien- und schulergänzende Betreuung aufgebaut und erhalten dafür eine Anstossfinanzierung vom Bund.

Die Weiterführung solcher Tagesstrukturen ist oftmals aus finanziellen Gründen gefährdet. Umso erfreulicher deshalb, dass die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Nationalrates im Februar 2006 fünf parlamentarischen Initiativen Folge gegeben hat, welche Kantone und Bund zur Bereitstellung von familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten verpflichten wollen. Nun wird die WBK des Ständerates zu entscheiden haben, ob sie dieses Anliegen unterstützen will oder nicht.

Die Nationalrätinnen Ursula Haller (SVP), Christine Egerszegi (FDP), Jacqueline Fehr (SP), Kathy Riklin (CVP), Ruth Genner (GP) verstehen ihre parla-

Die Initiativen fordern folgende Ergänzung von Artikel 62 der Bundesverfassung:

«Die Kantone sorgen dafür, dass die Gemeinden in Zusammenarbeit mit Privaten ein bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzender Betreuung für Kinder bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit bereitstellen. Der Bund kann sie bei dieser Aufgabe unterstützen.»

mentarischen Initiativen auch als Aufforderung, die heute bestehenden, zum Teil übertriebenen Reglementierungsaufgaben im Bereich der Kinderbetreuung zu überprüfen und diese so auszugestalten, dass sie dem Ziel, die familien- und schulergänzende Betreuung zu fördern, dienlich und nicht hinderlich sind.

Familienergänzende Betreuungsangebote an Schulen sind in der Schweiz immer noch eine Rarität. Insgesamt gibt es bis heute erst rund 70 Tagesschulen, welche die Kriterien des Vereins Tagesschulen Schweiz erfüllen.

Alle Schulen, unabhängig ob sie eine staatliche oder private Trägerschaft haben, verlangen Elternbeiträge für die Betreuungsangebote. Diese sind

oft nach Einkommen abgestuft. Die Vollkosten eines Tagesschulplatzes werden an staatlichen Schulen mit 10'000 bis 15'000 Fr. veranschlagt.

Soziale Bildungsinnovation

Das wachsende Bedürfnis nach Tagesschulen ist eine Folge der sich stetig verändernden Familien- und Arbeitswelt. Sie kann aber auch als soziale Bildungsinnovation betrachtet werden, die den Kindern und Jugendlichen Gelegenheit bietet, ihre sozialen Fertigkeiten zu üben, besonders das Verhalten in der Gemeinschaft. Davon profitieren besonders Einzelkinder, Kinder aus Einelternfamilien und Kinder aus «schwierigen» sozialen Verhältnissen. Sinnvoll gestaltete Freizeitaktivitäten fördern die geistige, seelische und körperliche Entwicklung der Schüler/innen und leisten einen Beitrag zur Reduzierung des Konsums von elektronischen Spielen und Fernsehbildern.

Familienergänzende Betreuungsangebote entlasten Eltern, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen möchten oder müssen. Die Kinder sind über Mittag und am frühen Nachmittag betreut und die Hausaufgaben werden innerhalb des Schultages gemacht.

Trend fortsetzen

Tagesschulen, die Unterricht, Verpflegung, Hausaufgaben, Freizeit- und Förderaktivitäten unter einem Dach vereinigen, entstanden bis vor wenigen Jahren hauptsächlich in grossen Städten. Heute sehen auch kleine Dorf- und Bergschulen eine (Überlebens-) Chance darin, sich neu als Tagesschule zu positionieren. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich dieser Trend auch an Rudolf Steiner Schulen fortsetzen dürfte, wenn die familienergänzenden Betreuungsangebote so ausgestaltet werden, dass sie zu einer echten Entlastung der Eltern und zur Förderung der Kinder und Jugendlichen beitragen.

Roland Muff

KANTONALE VOLKSINITIATIVEN

Die Elternlobby Schweiz hat sich entschieden, kantonale Volksinitiativen für eine freie Schulwahl zu lancieren. Das ist ihr von Vertretern der OECD, Bundesrat Pascal Couchepin, Politikern aller Parteien, Bildungsforschern und Juristen empfohlen worden. Die Elternlobby Baselland steht mitten in den Vorbereitungen zu einer solchen Volksinitiative. Sie hat ein Initiativ- und Unterstützungskomitee zusammengestellt, die Unterschriftensammlung findet im Herbst an den Schulbazaren statt. Es werden 1'600 Unterschriften benötigt. Nach Abgabe der Initiative findet innert etwa 18 Monaten die Volksabstim-

mung statt. Politiker aus allen Parteien sind dem Anliegen meist wohlgesinnt, Gegnerschaft kommt aus der SP und von Lehrkräften der Staatsschulen. Die Elternlobby ist politisch und konfessionell neutral. Wichtigstes Ziel des Vereins ist, allen Eltern zu ermöglichen, über die Art der Bildung ihrer Kinder selbst zu bestimmen (UNO-Menschenrecht). Jedem Kind soll der Zugang zu allen staatlichen und staatlich anerkannten Bildungsangeboten in freier Trägerschaft ohne Einschränkung der finanziellen Möglichkeiten seiner Eltern garantiert werden.

(Pia Amacher/jö)

Infos:
www.elternlobby.ch
oder Tel. 061 711 96 84